

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

Präsident de Gaulle ist der Exponent einer ausenpolitischen Öffnung nach dem Osten, auch zum Preis einer Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, eines faktischen Austritts von Frankreich aus der Nato, eines Vetos gegen die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG. Man darf in einem gewissen Sinne sagen, dass General de Gaulle in einer revolutionären Linksallianz steht, trotzdem die Maidemonstrationen sein Regime zu erschüttern drohten. Bezeichnenderweise ist ihm damals auch die Sowjetunion zu Hilfe geeilt: die Kommunistische Partei Frankreichs stand — wohl auf Weisung Moskaus — Gewehr bei Fuss und trug zur Rettung des gaullistischen Establishments bei. Und die «Pravda» holte am 19. Juni zu einer scharfen Kritik der «falschen Prophezen eines entkommunisierten Marxismus» aus — Herbert Marcuse und Cohn-Bendit.

«Revolutionäre Linksallianz»: Damit meinen wir zweierlei: Die zu weit gehende Konzessionsbereitschaft einerseits gegenüber einem der zwei Machtzentren des Weltkommunismus, Moskau oder Peking; andererseits aber auch die politische Schützenhilfe, die den extremistischen und revolutionären Jugendlichen Westeuropas geistig oder materiell gewährt wird. Beides scheint sich gegenseitig auszuschliessen. Wenigstens Moskau ist nach dem 21. August 1968 für einige westliche Revolutionäre zum hassenswerten «Establishment» geworden, nicht minder als die «repressiven Demokratien».

In einem bestimmten Aspekt dürfen die sich gelegentlich antagonistisch verhaltenden Gruppen der Konzessionsfreudigen und Revolutionsfreudigen allerdings über den gleichen Leisten geschlagen werden: sie sind (auf andern Ebenen) Moskau allesamt nützlich. Das gilt eben auch von jenen extremistischen Teilen der Neuen Linken, die unter dem Banner Maos oder Bakunins just gegen Moskau auftreten. Um ihren Sieg würde die Neue Linke spätestens durch die Moskauer Kommunisten betrogen. Inzwischen hätte sie ihre Nützlichkeit für Moskau durch die Zerstörung der westeuropäischen «Establishments» bewiesen.

### Privilegien bei Informationsmitteln

Leute nun, die in einer solchen revolutionären Linksallianz stehen, werden durch die Informationsmittel auffallend privilegiert. Das zeigt sich an erheblichen und unerheblichen Beispielen.

Man erinnert sich des Bélier-Ueberfalls im Nationalrat. Das Fernsehen hat damals einen Film gedreht, der dann auf höhere Anweisung nicht ins Ausland verkauft werden durfte. Diese Anweisung wurde darauf als Zensurmassnahme gerügt. Der gleiche Massstab wird aber von einigen Kritikern nicht überall angelegt.

Die Reise General de Gaulles nach der Bretagne Ende Januar und anfangs Februar hat Demonstrationen durch Angehörige dieser unzufriedenen Minderheit provoziert. An mehreren Tagesschauen des Schweizer Fernsehens wurde der sprechende, empfangende oder händedrückende General de Gaulle gezeigt, von den Demonstranten indessen keine Spur. Der schwei-

zerische Sprecher hat objektiverweise auf die Demonstrationen hingewiesen, aber Bilder konnte er nicht vorführen. Warum nicht? Weil das französische Fernsehen solche Bilder entweder nicht aufnahm oder nicht weitervermittelte. Nun gut.

Allerdings: gegen diese «Zensurmassnahme» ist kein einziger Protest laut geworden. Eine Lapalie, finden Sie? Ein kleiner Tropfen? Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Sie wissen doch, wie die kleinste Demonstration in Amerika breitgeschlagen wird. Auch an unserem Fernsehen. Offensichtlich, weil Amerika nicht in dieser «Linksallianz» steht.

Das ist keineswegs eine fahrlässige Schlussfolgerung aus zufälligen Gegebenheiten. Nehmen wir ein weiteres Beispiel. Südvietsnam steht nicht in dieser «revolutionären Linksallianz». Daher wird Südvietsnam nicht geschont. Daher wird bis zur Uebermüdung von der Korruption in Saigon berichtet. Sicher gibt es sie, nur hat sie nicht die ihr zugemessene Bedeutung. Der ehemalige Präsident von Ghana dagegen stand in dieser Linksallianz. Daher wurde er geschont. Daher finden Sie aus der Zeit seiner Herrschaft praktisch keinen Hinweis auf seine Korruption. Die Untersuchungen nach seinem Sturz haben jedoch bewiesen, dass er sehr korrupt war. Das war auch damals nicht unbekannt gewesen; in Westafrika selbst bezeichnete man ihn im Flüsterston als «Mr. Tenpercenter», weil er für 10 Prozent einer Auftragssumme käuflich sei. Aber eben, er wurde geschont.

### Nur in der richtigen Allianz sein

Ein weiteres Beispiel. Als vor wenigen Jahren Prof. Urs Jaeggi in seinem Buch «Der Vietnamkrieg und die Presse» zu beweisen versuchte, dass die schweizerischen Informationsträger proamerikanisch verfälscht berichten, wurden nicht nur Fernseh- und Radiodiskussionen abgehalten, sondern dem Buche auch lange Rezensionen gewidmet. Mein Nachweis, dass die amerikanischen Agenturen oft antisüdvietsnamisch verfälscht berichten, hat mir eine faktische Sperre vom Schweizer Fernsehen in der Diskussion um Südvietsnam eingetragen. Prof. Jaeggi steht in der publizitätsfördernden Linksallianz, was offenbar eine zureichende Erklärung darstellt.

Das bereits genannte Buch von Jaeggi hat einen ersten Hinweis auf die Methode gegeben. Prof. Jaeggi hat den Vorwurf einer proamerikanischen Berichterstattung auf den Umstand gegründet, dass die Schweizer Presse in der Tat vorzugsweise die Berichte amerikanischer Presseagenturen veröffentlicht. Der Autor hat indessen das zentrale Problem grosszügig übergangen, welcher Art die Berichterstattung amerikanischer Agenturen über Südvietsnam ist. Eine Untersuchung darüber zeigt nun deutlich, dass amerikanische Presseagenturen allzu oft einen antisüdvietsnamischen Kurs einschlagen. Damit bleibt von der Untersuchung Jaeggis im Wesentlichen nur die Feststellung übrig, dass die Schweizer Presse auf die Dienste amerikanischer Agenturen abonniert ist — was längst bekannt war. Das festzustellen konnte daher kaum der Zweck dieses Buches gewesen sein.

### Der prophylaktische Gegenangriff wird Norm

Mit dem prophylaktischen Gegenangriff hat der Autor wohl eher versucht, die Korrektur einer zum Teil einseitigen Presseberichterstattung über Südvietsnam zu verhindern, abzuschwächen oder hinauszuschieben: Wenn man schon der «einseitig proamerikanischen Haltung» angeklagt ist, wird man weniger gern die amerikanische Politik gerechter beurteilen. Zugleich wird der Ausspruch der linksuellen Kreise erhöht, in der angeblich von «rechts» her manipulierten Presse besser zum Wort zu kommen.

Das Beispiel Jaeggis hat Schule gemacht. Kürzlich ist in einer Studentenzeitschrift eine Untersuchung über die politische Haltung des Nebenspalters veröffentlicht worden, die zum Schluss kommt, dass diese satirische Zeitschrift «linksfeindlich» sei (links immer im Sinne der Neuen Linken verstanden).

Es ist übrigens auch das gute Recht von Bürgern, eine gewisse «Linksfeindlichkeit» festzustellen — je nach dem angewendeten Massstab. Aber die Schlussfolgerung steht eben doch nicht im gesamten Zusammenhang. Denn der eigentliche Zweck der Untersuchung ist ja wohl der, eine Korrektur der jetzigen Linie des Nebenspalters zu verhindern. Dessen linksuelle Mit-

## Zusammenhänge:

# ZEITBILD

Diese linksuelle (unter «linksuell» wird ein Engagement im Sinne der Neuen Linken unbeschadet um eine allfällige Eingliederung in die traditionelle Linke verstanden) Manipulation der Meinungsbildung dringt langsam ins Bewusstsein breiterer Kreise. Das Problem, auf welche Weise fällige Korrekturen zu verhindern sind, scheinen linksuelle Kreise mit dem «prophylaktischen Gegenangriff» lösen zu wollen.

arbeiter werden ihre Ansprüche auf breitere Berücksichtigung stärker vertreten, während die anderen Mitarbeiter sich in die Defensive gedrängt finden. Und das mit dem Hinweis darauf, dass eine «objektive» Untersuchung die «Linksfeindlichkeit» der betreffenden Zeitung festgestellt habe.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Was sich als «objektive Untersuchung» gebärdet, ist im Wesen

eine Parteiäusserung, unterstellt der öffentlichen Meinung eine kaum bestehende Absicht und folgt einem linksuellen Anspruch. Dem Anspruch nämlich, die Erscheinungen so zu werten, wie es den Linksuellen gefällt. Und wer diesem Anspruch nicht genügt, ist eben «linksfeindlich».

Wie gesagt, die Methode ist geschickt. Wer sich auf dem Weg nach «links» befindet, dem wird die «rechte» Haltung vorgeworfen, damit er nicht einhält, sondern weiter fortschreitet. Wo bei solchem Fortschreiten nicht immer Fortschritt ist.

In dieser Richtung wird weiteres zu erwarten sein. Offenbar befindet sich auch unser Telephonrundspruch auf dem Weg nach «links». Der Telephonrundspruch ist eine (für das Ohr) wohlthuende Einrichtung: sie erspart uns lästige

Nebengeräusche. Er ist zuleich (politisch gesehen) eine gefährliche Einrichtung: die sechs erhältlichen Programme werden von irgendeinem Gremium ausgesucht und bestimmt. Das könnte sich zu einer politischen Selektion auswachsen und Zensurcharakter annehmen.

Das ist keineswegs weit hergeholt. Am frühen Morgen des 5. Februar, genau von 05.30 bis 05.50 Uhr, konnte sich auf Station 6 der angebliche deutsche «Freiheitssender» mit ostzonaler Propaganda breit machen. Geschickt eingebettet in moderne Musik. Laut und vernehmlich. Und ohne Nebengeräusche, die hier wohlthuend gewesen wären. Denn der deutsche «Freiheitssender» sitzt in Ostdeutschland und ist ein Sprachrohr Ulbrichts.

Erfolgt diese Infiltration kommunistischer Propaganda in offizielle Kanäle unseres Landes be-

wusst? Erfolgt sie mit der Rechtfertigung, wir hätten neutral zu sein? Dann ist eine offene Diskussion des Neutralitätsbegriffes überfällig geworden. Erfolgt sie unbewusst? Dann wäre eine aufgewecktere Programmkommission zu wählen.

Man verstehe uns recht. Wir haben nicht das geringste gegen solche Sendungen einzuwenden, solange Gegenrecht gewährt wird. Ohne dies wird der Sinn objektiver Haltung zum Unsinn der Vorschubleistung für subversive Propaganda.

Vermutlich wird demnächst eine Untersuchung veröffentlicht werden, wonach unser Telephonrundspruch Sprachrohr der Nato und der kalten Krieger sei. Um die Ulbricht-Sendung zu retten. Man merkt die Absicht. Aber wird man noch böse? Peter Sager

## Der Buchtip

**Theodor Schweisfurth: Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie. — Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Band XVIII. — Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1968, 350 Seiten.**

Die umfangreiche, reich dokumentierte erstrangige Arbeit enthält folgende Kapitel: Die Völkerrechtsquellen in der sowjetischen Völkerrechtstheorie, Begriffsbestimmung des internationalen Vertrages, Abschluss des internationalen Vertrages, Rechtsgültigkeit des internationalen Vertrages, Sonderprobleme des multilateralen Vertrages, Auslegung des internationalen Vertrages, Aenderung und Beendigung des internationalen Vertrages in der sowjetischen Völkerrechtstheorie.

Der Verfasser beschäftigt sich hauptsächlich mit einem der grundlegendsten Probleme der gegenwärtigen internationalen Politik, mit der Vertragstheorie der Sowjetunion. Das ganze Werk wirft die Frage auf: Wie konnten die von der proletarischen Revolution noch nicht ergriffenen bürgerlichen Staaten in den Formen des zwischen ihnen geltenden Völkerrechts mit einem Staat verkehren, dessen Führer davon überzeugt waren, dass diese Staaten und mit ihnen das ganze zwischenstaatliche System kraft historischer Notwendigkeit in nächster Zukunft zum Untergang verurteilt seien? Der Autor ist der Meinung, dass eine Bindung des Sowjetstaates an die getroffene Vereinbarung mit den Staaten des gegnerischen Klassensystems nichts anderes bedeuten kann als eine durch äussere Umstände verursachte und als unumgänglich erkannte Verzögerung auf dem Wege zur Beseitigung dieses Systems (S. 13). Immer, wenn es zu einer Kollision zwischen den weltrevolutionären Intentionen und der Treue zum gegebenen Wort kommt, dürfte eine Interessenabwägung zuungunsten der letzteren ausfallen. Im Zweifelsfall prävaliert das Sendungsbewusstsein.

Sehr aktuell sind die meisten Ausführungen des Autors, beispielsweise im Zusammenhang mit der Völkerrechtsgemässheit des unter Druck und Zwang abgeschlossenen Vertrages, dem Grundsatz pacta sunt servanda, der Klausel rebus sic

stantibus, mit den ungleichen Verträgen usw. Er gibt die sowjetischen Anstrengungen für die Gunst der kolonialen Völker bekannt, indem diese auch dann als Völkerrechtssubjekt anerkannt werden müssten, wenn sie für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen. Subjekt der Selbstbestimmung und der nationalen Anerkennung kann auch eine Befreiungsbewegung sein. Auch die Ausführungen im Zusammenhang mit der sowjetischen These über die Auslegung des internationalen Vertrages sind höchst aktuell. Laut dieser These ist es der betreffende Staat, welcher eine für den Partner bindende Interpretation gibt. Die einseitige Auslegung in Form einseitiger Deklarationen oder Noten ist völkerrechtlich unverbindlich (268).

Der Verfasser konnte natürlich die neuen Wendungen nach dem 21. August 1968 nicht schildern, er gibt aber die beste theoretisch-politische Grundlage, um die sowjetischen Schritte sowohl im Fall Ungarns 1956 als auch der CSSR 1968 zu begreifen. Laszlo Révész

## Unser PRESSE-Kommentar

*«Was mich zu der Zeichnung ‚Westliche Tränen‘ veranlasste war folgendes: In der Zeitschrift ‚Junge Kirche‘ Nr. 3 vom 10. März 1968 war ein Bericht der Organisation ‚Amnesty International‘ abgedruckt, der ganz detailliert über die grauhaftesten Foltermethoden in griechischen Gefängnissen berichtete ...*

*Keines der Nato-Länder hat je ernsthafte Versuche gemacht, die vom Westen ziemlich abhängige griechische Militärjunta zur Demokratisierung zu zwingen. Da unsere Gegnerschaft zu kommunistischen Diktaturen schon in zahlreichen Karikaturen im ‚Nebenspalter‘ zum Ausdruck kam, fand ich es angebracht, auch einmal vor der eigenen Türe zu kehren.»*

«Nebenspalter» Nr. 6, 5. Februar 1969

An dieser Aussage ist zweierlei interessant. Einerseits die Auffassung, dass die Nato-Länder Griechenland zu einer Demokratisierung zwingen sollten. Damit wird für Griechenland eine Interventionspflicht von aussen her befürwortet, die für die osteuropäischen Länder sonst bekämpft wird. Die von der Militärjunta unterdrückten Griechen müssten wir also befreien, die von der

kommunistischen Diktatur unterdrückten Länder dürfen wir nicht befreien — im Gegenteil: Nachrichten über die kommunistischen Unterdrückungsmethoden gelten heute meist schon als Schürung des kalten Krieges.

Andererseits die selbstverständliche Gleichsetzung der griechischen Militärjunta mit der kommunistischen Weltbewegung. Als ob Griechenland an den Export seines Systems dächte. Als ob Griechenland in fast jedem Land der Welt eine eigene Partei unterhalte. Als ob Griechenland den ungarischen Freiheitskampf niedergeschlagen, den tschechoslowakischen Weg blockiert, Nasser wieder aufgerüstet hätte. Oder gekonnt hätte. Ist es nötig, weitere Beispiele anzuführen, um das Groteske dieser Gleichsetzung aufzuzeigen? P. S.

## A propos Griechenland

Zu leugnen ist es nicht. Auch wenn der blaue Mittelmeerhimmel die antiken Monumente noch so photogen hervortreten lässt. Das Land hat ein Militärregime der rücksichtslosesten Art. Seitdem die Offiziersjunta die Macht übernommen hat, lässt sie es sich angelegen sein, ihre politischen Gegner schlicht und einfach zum Verschwinden zu bringen. Anfangs wanderten namentlich Kommunisten in die Gefängnisse, teils ohne Prozess, teils nach Justizverfahren, die eine Parodie auf alle Rechtssprechung darstellen. Dann wurden protestierende Studenten jeglicher Weltanschauung mit den verlässlichen Mitteln der Diktaturen mundtot gemacht und die Gewerkschaften an die staatlich-militärische Kandare genommen. Mittlerweile ist es klar geworden, dass auch die blossen Ueberreste von Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit nicht mehr existieren. Unter der schönen Ankündigung, dass man Korruption und Subversion bekämpfen müsse, wird jede Stimme zum Verstummen gebracht, die dem Regime nicht genehm ist.

Warum protestiert eigentlich niemand dagegen? Wie? Das tue man doch? Es gebe schliesslich Kundgebungen, Boykottbeschlüsse, Manifeste. Und die öffentliche Meinung befasse sich ja sehr lebhaft mit dem Skandal von Griechenland.

Ach so! Aber, Freunde, ich habe doch gar nicht von Griechenland gesprochen. Sondern von Algerien.

Also: Warum protestiert eigentlich niemand dagegen? cb